



UNHCR

United Nations High Commissioner for Refugees
Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
Vertretung in Deutschland

Wallstrasse 9 – 13
10179 Berlin

Tel: +49 30 202 202 27/13
Fax: +49 30 202 202 20
Email: Irakteam@unhcr.ch

UNHCR-Informationen zur freiwilligen Rückkehr in den Irak

Informationen zur Lage im Irak

I. Allgemeines

Die derzeitige Lage im Irak ist Besorgnis erregend und zunehmend unbeständig - ein Umstand, der weltweit Anlass zur Sorge gibt.

Nach dem Bombenanschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad am 19. August 2003 haben zahlreiche Angriffe auf das Personal von diplomatischen Missionen und zuletzt der Angriff auf das Internationale Komitee des Roten Kreuzes am 27. Oktober dazu geführt, dass sowohl zahlreiche UN- und andere humanitäre Organisationen als auch diplomatische Vertretungen ihre Mitarbeiter/innen entweder ganz aus dem Irak abgezogen oder ihre Präsenz dort drastisch reduziert haben. Dadurch haben sich die Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, zur Stabilität des Irak durch Bereitstellung humanitärer Unterstützung, Aufbauhilfe und Beobachtung der Situation beizutragen, erheblich verringert.

Die Grundversorgung ist weiterhin mangelhaft. Verbesserungen bei der Bereitstellung von Diensten in einigen Teilen des Landes werden durch Rückschläge bei der Versorgung in anderen Landesteilen relativiert. Durch die Entlassung von rund 450.000 Soldaten aus der Irakischen Armee und die weite Verbreitung von Waffen aller Kaliber wird die Situation noch verschärft. Insgesamt stellt die Lage im Irak eine potenziell explosive Gemengelage dar, die zur Verlängerung sozialer Unruhen und Gewalt führen könnte.

II. Sicherheitslage

Nach Angaben des UN-*Security Field Managements* sind seit Rückkehr der Vereinten Nationen in den Irak im Mai 2003 rund 70 Anschläge verzeichnet worden, die gegen internationale Organisationen gerichtet waren. Während die Kriminalität in vielen Teilen des Landes erheblich zugenommen hat, befinden sich die Polizei- und Ordnungskräfte erst am Beginn ihrer Ausbildung und ihres Trainings. Andauernde Gefechte und gewaltsame Zwischenfälle im ganzen Land haben die Bemühungen, lebenswichtige Dienste wie beispielsweise Gesundheits-, Bildungs- und Trinkwasserversorgung sowie Müllentsorgung zu verbessern, stark beeinträchtigt. Besonders Besorgnis erregend sind die inzwischen täglich vorkommenden bewaffneten Angriffe, die zu einer erheblichen Gefährdung der Zivilbevölkerung und dem Zusammenbruch von Sicherheit und Ordnung führen.

Im Norden geben erhöhte Spannungen, die ablehnende Haltung gegenüber der Absicht dort Truppen zu stationieren und - wenn auch im Vergleich zum Rest des Landes weniger intensive - Angriffe auf internationale Akteure Anlass zu besonderer Vorsicht. Die Kombination aus ethnischen Spannungen, rund 800.000 Binnenvertriebenen,

erheblichem Wohnungsmangel und Eigentumsstreitigkeiten, die durch die ethnischen Säuberungen des alten Regimes verursacht wurden, stellen eine höchst explosive Mischung dar. Versuche diese Region zu stabilisieren, um dauerhafte Rückkehr zu ermöglichen, haben diese Gesichtspunkte sorgfältig zu berücksichtigen.

Der Zentralirak ist durch die nur eingeschränkte Funktion der staatlichen Institutionen einschließlich der Ordnungskräfte und daraus resultierender unzureichender Unterstützung der besonders Not leidenden Bevölkerungsteile gekennzeichnet. Wie im Norden werden die chronischen Wohnungs- und Unterkunftsprobleme durch die zahlreichen sich widersprechenden Eigentumsansprüche noch verschlimmert.

Im Süden haben Unruhen zwischen den schiitischen Splitterparteien und gegen bedeutende Persönlichkeiten gerichtete Attentate die Bevölkerung sehr verunsichert. Zusätzlich zu der bereits vorher existierenden erschreckenden Armut, die auf die jahrelange gezielte Zerstörung dieser Region durch das alte Regime zurückzuführen ist, verlangen diese Umstände der gesamten Bevölkerung Tribut ab.

III. Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer

Das Ausmaß des Problems der Binnenvertriebenen und der Flüchtlinge im Irak ist weltweit eines der schwer wiegendsten. Im Norden betrifft die Binnenvertreibung in erster Linie diejenigen, die durch den Streit zwischen der *Kurdistan Democratic Party* (KDP) und der *Patriotic Union of Kurdistan* (PUK) vertrieben wurden, sowie die Opfer der vom Saddam-Regime durchgeführten ethnischen Säuberungen.

Die Rückführung der Flüchtlinge aus Nachbarstaaten in alle Teile Iraks sowie die Beobachtung und Unterstützung von Flüchtlingen innerhalb des Irak ist wegen der fortbestehenden Unsicherheit weiterhin schwierig.

Wegen der nach der Trockenlegung der Sümpfe durch das alte Regime schwierigen Umweltbedingungen im Südirak rechnet UNHCR nur mit wenigen Rückkehrbewegungen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in diese Region. Ein Netzwerk lokaler religiöser Führer hat sich eingeschaltet, um das Machtvakuum zu füllen, das nach dem Fall des alten Regimes entstanden ist. UNHCR steht mit den schiitischen Geistlichen, Sprechern der örtlichen Gemeinschaften und lokalen Behörden in engem Kontakt, um Vertrauen aufzubauen.

Der Beitrag von UNHCR und anderen Organisationen zur Vermeidung der zahlreichen Bevölkerungsbewegungen ist entscheidend für den Aufbau und die Entwicklung eines dauerhaften Friedens im Irak. Das Auslaufen des "Öl für Lebensmittel"-Ernährungsprogramms Ende November 2003 und die mangelnde internationale Präsenz könnten diesen Prozess allerdings verlangsamen und erschweren.

IV. Herausforderungen für die Wiedereingliederung

Der neueste Bericht der *United Nations Development Group*¹, an welchem UNHCR mitgearbeitet hat, stellt fest:

"Bedingungen zu schaffen, die zu Versöhnung und Stabilität beitragen, wird ein langer und schwieriger Prozess sein. Derzeit ist die ethnische und religiöse Balance im Irak extrem zerbrechlich und die nationale Einheit steht auf dem Spiel. Ungleiche Teilhabe an der Macht und diskriminierende Entscheidungspraktiken würden sicher Missstände sowie

¹ War-Bank, United Nations Development Group (Bericht der für Integration zuständigen Gruppe), "Joint Needs Assessment on Livelihoods, Employment and Reintegration", Bagdad, Oktober 2003.

ethnische und religiöse Unruhen schüren und dadurch die Sicherheitslage und den Prozess der Rückkehr beeinträchtigen. Die Aussichten für die Wiedereingliederung und Möglichkeiten von UNHCR den Rückkehrprozess zu gestalten, müssen in diesem Kontext gesehen werden und die im Folgenden dargestellten Rückkehrhindernisse berücksichtigen:

- *Ungelöste Land- und Eigentumsstreitigkeiten und das Risiko, dass diese Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen auslösen könnten.*
- *Wohnungs- und Unterkunftsprobleme; bis zu 20 Prozent der Bevölkerung mangelt es an angemessenem Wohnraum.*
- *Die Beschädigung von Eigentumsregistern öffnet widerstreitenden Land- und Eigentumsforderungen Tür und Tor und erschwert die rechtmäßige Regelung und dem Gesetz entsprechende Beilegung dieser Streitigkeiten.*
- *Die Zerstörung der Personenstandsregister und der Nachweise von Staatsangehörigkeit und Wohnort sowie Geburts-, Heiratsurkunden und Totenscheinen macht es für Rückkehrer besonders schwierig, ihre Ansprüche durchzusetzen.*
- *Zerstörung der Infrastruktur und die mangelhafte Grundversorgung einschließlich unregelmäßiger Wasser- und Stromversorgung, unzureichender Sanitärsysteme und mangelnder Gesundheitsversorgung in vielen Teilen des Landes.*
- *Das Fehlen einer funktionierenden Verwaltung und die Abwesenheit kommunaler Selbstverwaltung hat negative Auswirkungen auf die Bereitstellung von Diensten und die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung.*
- *Mangelnde Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten in ländlichen Gebieten und dramatisch ansteigende Arbeitslosigkeit, von der vor allem junge Menschen in den Städten betroffen sind.*
- *Die Umstellung von einer zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft birgt das Risiko von Verzerrungen und setzt insbesondere die Armen ungeschützt Währungsschwankungen und galoppierender Inflation aus.*
- *Die Erosion des im Irak vorhandenen Fachwissens durch die Abwanderung qualifizierter Fachleute, deren Rückkehr - wenn überhaupt - nur langsam und eingeschränkt vonstatten gehen wird und damit die Aussicht auf eine schnelle Wiederherstellung beeinträchtigt."*

In der gegenwärtigen Situation ist es zentrale Herausforderung für UNHCR, die freiwillige, sichere und geordnete Rückkehr der irakischen Flüchtlinge, Asylsuchenden und Menschen in flüchtlingsähnlicher Lage zu koordinieren und zu unterstützen und ihre dauerhafte Wiedereingliederung in ihre Herkunftsgemeinden zu fördern.

Sobald die Verhältnisse im Irak die Rückkehr erlauben, wird UNHCR dafür eintreten, dass in einem ersten Schritt Iraker, die sich in den Nachbarstaaten des Irak aufhalten, zurückkehren können. UNHCR bereitet in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern - insbesondere Iran und Jordanien, welche einer Vielzahl von irakischen Flüchtlingen und Menschen in flüchtlingsähnlicher Lage Zuflucht gewähren - die zukünftige freiwillige Rückkehr im großen Umfang vor. Sie kann beginnen, sobald die Lage im Irak dies zulässt.

Wenn Einzelpersonen trotz der gegenwärtigen Situation im Irak darauf bestehen, schon jetzt zurückzukehren, wird UNHCR versuchen diese Rückkehrer zu unterstützen. Dies ist

gegenwärtig in Hinblick auf die fortdauernden Rückkehrbewegungen aus dem Lager Rafha in Saudi Arabien, in deren Rahmen bisher rund 1900 Personen in den Irak zurückgekehrt sind, der Fall. Aufgrund von Sicherheitsbedenken ist die Präsenz von UNHCR im Irak jedoch erheblich eingeschränkt, und es ist UNHCR derzeit nicht möglich, im Irak wie auch immer geartete Schutzmaßnahmen und Wiedereingliederungsaktivitäten bereitzustellen. Sobald es die Umstände erlauben, plant UNHCR spontane Rückkehrbewegungen zu beobachten und dafür einzutreten, dass die Rechte von Rückkehrern im Rahmen des landesweit aufzubauenden Schutzsystems zur Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte respektiert werden. Wie von den lokalen Behörden und der "Vorläufigen Übergangsverwaltung der Koalition" (CPA) bestätigt, könnten verfrühte oder unfreiwillige Rückkehraktionen zu größerer Instabilität im Irak führen und das Leben dieser Rückkehrer in Gefahr bringen.

Die Haltung der CPA gegenüber Rückkehrern scheint vor allem durch Sicherheitsbedenken geprägt zu sein. Die CPA hat sich dagegen ausgesprochen, dass Rückkehrbewegungen in großem Umfang stattfinden, bevor Verwaltungsstrukturen einschließlich Zoll-, Grenz- und Einwanderungskontrollen aufgebaut sind. Bis die erforderliche Infrastruktur und die notwendigen Arrangements zur Rückkehr eingerichtet sind, wird die Einreise in den Irak streng reglementiert bleiben. UNHCR hat angeregt, dass die CPA angemessene und beschleunigte Verfahren zum Grenzübertritt von Flüchtlingen einschließlich eindeutiger Anforderungen hinsichtlich notwendiger Dokumente, Impfungen usw. einrichtet und diese publik macht.

Die Dauerhaftigkeit der Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, und der andauernde Schutz von Flüchtlingen im Irak hängt von zahlreichen Faktoren ab, ganz besonders aber von der Einrichtung eines repräsentativen politischen Systems welches die potenziellen Spannungen zwischen ethnischen und religiösen Gruppen abbaut. Sie wird außerdem vom Umfang der in Angriff genommenen institutionellen Reformen, der Wiedereinstellung der entlassenen Soldaten und Staatsangestellten, der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung und dem Aufbau funktionierender Mechanismen zur Entschädigung für in der Vergangenheit erlittene Menschenrechtsverletzungen abhängen. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung, Sicherheit und Versöhnung setzen erhebliche Reformen voraus. Um dazu beizutragen, führt UNHCR Ausbildungsmaßnahmen für lokale Entscheidungsträger, Mitarbeiter des neu gegründeten Ministeriums für Flüchtlinge und Migration und von anderen Institutionen, welche sich mit Flüchtlingen und Binnenvertriebenen befassen, einschließlich solchen der Zivilgesellschaft durch.

Es ist anerkannt, dass Fragen der Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen nicht unabhängig vom allgemeinen sozio-ökonomischen Kontext behandelt werden können. Ferner ist hervorzuheben, dass es von besonderer Bedeutung ist, dass die lokalen irakischen Behörden ihre Kapazitäten in jenen Gebieten ausbauen und erweitern, die bereits Flüchtlinge aufgenommen haben oder als potenzielle Rückkehrgebiete in Frage kommen, um dort die Grundversorgung und den Schutz sicherzustellen.

Vorhersagen über den Umfang und Ablauf von Rückkehrbewegungen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sind in Nachkriegssituation naturgemäß spekulativ, da diese maßgeblich von Faktoren wie der allgemeinen Sicherheitslage, den konkreten Verbesserungen der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen und der Sicherung der Grundversorgung abhängen. Angesichts der gegenwärtigen Verschlechterung der Sicherheitslage und dem Fehlen eines effektiven Justizsystems wird die Schaffung von Bedingungen, welche die Versöhnung und den Wiederaufbau fördern, nur in einem langen und schwierigen Prozess möglich sein.

UNHCR Genf
(Deutsche Fassung: UNHCR Berlin , November 2003)